



An einer Medienkonferenz stellt die Gruppe Wendepunkt Bildung – in der Mitte der Psychologe Allan Guggenbühl – ihre Forderungen an die Schule vor. Foto: Boris Müller

Zurück zur klaren Autorität im Klassenzimmer

Bildung Eine Gruppe von Politikerinnen und Bildungsexperten fordert, dass in den Schulen der Fokus wieder mehr auf Lesen, Schreiben und Rechnen gesetzt wird. Ihr Manifest stösst aber auf Widerspruch.

Sabrina Bundi

«Kaum eine der Schulreformen der letzten 20 Jahre hat funktioniert», sagt Roland Stark, Heilpädagoge aus Basel. «Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler werden immer schlechter – diese Abwärtsspirale müssen wir stoppen.»

Stark sagt das in Zürich, an einem Tisch mit Bildungsforschern, Lehrpersonen und Politikerinnen. Viele haben bekannte Namen: Etwa der Psychologe Allan Guggenbühl, Carl Bossard, Gründungsrektor der PH Zug, oder der Nidwaldner SVP-Bildungsdirektor Res Schmid. Was sie alle eint, passt auf eine A4-Seite: ein Manifest, das nicht weniger fordert als eine Neuausrichtung der Volksschule. Sie soll sich wieder auf ihre Kernaufgaben fokussieren.

Die Gruppe nennt sich Wendepunkt Bildung. Inhaltlich positioniert sie sich bildungskonservativ und reformkritisch. Ihr Manifest beklagt «sinkende Lernleistungen», «überfrachtete Lehrpläne», Pädagogische Hochschulen, die «den Bezug zur Praxis verloren haben», und eine Schule, die sich in Administration verstricke.

Wendepunkt Bildung: Viel Kritik, wenig Plan

Die Neuausrichtung soll «mit systematischem Üben elementares Basiswissen sichern». Dazu gehört laut Manifest: «verstehend lesen, kohärent schreiben, präzise reden, grundlegend rechnen, logisch denken, frei fantasieren». Oder mit den Worten von Roland Stark: «Die Kinder brauchen wieder eine klare Autorität im Klassenzimmer, die mit ihnen übt und repetiert, bis etwas sitzt. Konstante, verlässliche Bezugspersonen und keine Unruhe wie in einem Bahnhof.»

Konkrete politische Forderungen oder Strategien hat die Gruppe noch keine.

Die Forderungen ähneln dem, was schon die SVP und die FDP in ihren Bildungspapieren festhielten. Neu ist also weniger, was die Gruppe fordert – sondern wer es gemeinsam tut.

Die Kritik kommt nicht aus einer einzelnen Partei. In der achtköpfigen Gruppe sitzen mit Roland Stark ein Vertreter der SP, mit Res Schmid einer der SVP, mit der Zürcher Schulleiterin und Politikerin Yasmine Bourgeois eine FDPlerin und mit der Basler Primarlehrerin Christine Staehelin eine GLPlerin. Philipp Loretz ist zudem Präsident des Lehrerinnen- und Lehrerverbands Basel, und Beat Kissling ist Erziehungswissenschaftler und Psychotherapeut. «Mit dem Manifest kann man uns nicht in eine ideo-

logische oder parteipolitische Ecke stellen», so Stark.

Konkrete politische Forderungen oder Strategien hat die Gruppe noch keine. «Es geht vor allem darum, den Druck zu erhöhen», sagt Stark. Man wolle das Manifest breit streuen – an Verbände und Gewerkschaften schicken.

Es sei ja auch schon einiges im Tun in den Kantonen – verschiedene Vorstösse vor allem zu Frühfranzösisch und zur integrativen Schule werden bereits bearbeitet. Letztere ist laut dem Heilpädagogen Stark offensichtlich gescheitert: «Die integrative Schule in ihrer absolutistischen Praxis hat auf der ganzen Linie versagt. Sie überfordert Schüler, Lehrer, Eltern.»

Was die Befürworterin der Schulreform sagt

Die Ursachen für die Probleme im Schulsystem werden jedoch unterschiedlich beurteilt. Aus Sicht von Katharina Maag Merki, Professorin für Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich, greift die Kritik der Gruppe an den Reformen zu kurz. «Der Leistungsrückgang ist kein schwei-

zerisches Phänomen, wir sehen ähnliche Entwicklungen in vielen Ländern», sagt sie.

Die Gründe dafür seien bis heute zwar nicht abschliessend geklärt. Klar sei aber: «Seit einigen Jahren ist der allgemeine Druck in vielen Lebensbereichen auf Kinder und ihre Familien gestiegen.» Die Familie sei für den Bildungsverlauf massgebend: «In den Pisa-Ergebnissen sehen wir, dass das Leistungsniveau bei Jugendlichen aus bildungsnahen Familien stabil geblieben ist, bei jenen aus Familien mit weniger Ressourcen zeigt sich aber seit 2015 ein deutlicher und besorgniserregender Rückgang.»

Eine Rückkehr zu früheren Modellen – etwa mit mehr Separation – hält Maag Merki deshalb für problematisch. «Dann würden genau jene Kinder wieder benachteiligt, die ohnehin in unserem Bildungssystem benachteiligt werden. Die Bildungsungleichheit würde zunehmen.»

Die Grundkompetenzen, die das Manifest stärken will, sind laut Maag Merki längst Teil des Lehrplans. «Sich aber wieder stärker nur auf diese zu fokussieren, holt die leistungsstarken Kinder nicht genügend ab, sie würden dadurch ungenügend gefördert», sagt sie. Ausserdem bräuchten die Kinder heutzutage zusätzliche Kompetenzen, um zurechtzukommen. «Etwa Digitalität und der Aufbau von Selbstkompetenz, die Fähigkeit, selbstständig zu lernen, oder ein Verständnis für Natur und Kultur.»

Kritik an Pädagogischen Hochschulen

Das Manifest geht auch mit den Pädagogischen Hochschulen (PH) hart ins Gericht. Roland Stark nennt sie eine «Schwachstelle des Systems», weil sie «mit ihrer praxisfernen Akademisie-

runge den Bezug zum Schulalltag verloren haben». Die PH Bern antwortet auf diese Kritik ähnlich wie Maag Merki: Die Welt und damit auch die Bildungswelt und das Berufsfeld Schule veränderten sich laufend. «Im Zentrum steht die Frage, wie die PH Bern Lehrpersonen befähigen kann, Kinder und Jugendliche auf eine Gesellschaft vorzubereiten, die von Diversität, Digitalität und Nachhaltigkeit geprägt ist», schreibt Sprecher Marcel Marti.

Ausserdem sei der Praxisbezug sehr wichtig: «Die PH arbeitet deshalb zum Beispiel mit rund 70 Partnerschulen im ganzen Kanton zusammen. Der enge Praxisbezug ergibt sich zudem dadurch, dass 72 Prozent unserer Studierenden zugleich an Schulen unterrichten.»

Erzeugt die Guppe Druck auf Volksschule?

In einem Punkt sind sich die beiden Seiten einig: Die Schule steht unter Druck. Die Anforderungen sind gestiegen, die Erwartungen vielfältiger geworden.

Ob die neue Allianz tatsächlich politischen Druck erzeugen kann, ist offen. Professorin Maag Merki bleibt skeptisch: «Die Gruppe ist laut, aber sie bringt nichts Neues und vor allem keine echten Lösungsvorschläge.» Der eigentliche Druck komme weiterhin aus der Politik in den Kantonen, wo konkrete Vorstösse zu Themen diskutiert würden.

Für Stark hingegen ist entscheidend, dass die Bildung wieder stärker ins Zentrum rücke. «Lange hat sich kaum jemand für Bildungsthemen interessiert – die Bildungsdepartemente waren immer die unbeliebtesten und wurden zu Abstellgleisen degradiert», sagt er. «Jetzt ist die Debatte endlich zurück.»



Roland Stark von der Gruppe Wendepunkt Bildung kritisiert die Pädagogischen Hochschulen. Foto: Boris Müller